

Brief aus Straßburg

an die Mandats- und Funktionsträger
in Bayern von Markus Ferber, MdEP

Ausgabe Mai 2016



Keinen Schuldenschnitt für Griechenland

Markus Ferber sieht keinen Grund für einen Schuldenschnitt für Griechenland. Anlässlich der Plenardebatte in Straßburg betont er: "Wir haben sehr weitgehende Zugeständnisse bereits gemacht. Das Land ist bereits für zehn Jahre von der Schuldenlast befreit. Jetzt besteht keine Notwendigkeit über das Thema auch nur zu reden", sagte Ferber. "Reformen gegen Hilfen - so lautet die Abmachung mit Griechenland", betont Ferber. "Ich bin zuversichtlich, dass wir bis Ende Mai einen Kompromiss finden werden, wenn die griechische Regierung ihre Zusagen einhält."

Türkei: Nein zur Visafreiheit!

Die Kommission hat den Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament empfohlen, türkische Bürger bei Reisen in die EU von der Visapflicht zu befreien. "Das Europäische Parlament wird sich mit dem Kommissionsvorschlag nicht befassen, solange die 72 Kriterien nicht erfüllt sind", so Markus Ferber, der heftige Kritik an dem „voreiligen“ Vorschlag der Kommission übte: „Ich sehe nicht ein, warum wir im Parlament jetzt schon die Arbeit aufnehmen und das Gesetz im Schweinsgalopp durch das Parlament peitschen sollen, bevor die Türkei ihre Hausaufgaben erledigt hat." Der Europaabgeordnete betont in diesem Zusammenhang, dass es sich bei den Kriterien die bisher nicht erfüllt sind nicht um Lappalien handelt: „Hier geht es um essentielle Punkte, bei deren Nichterfüllung anderen Ländern ganz klar die rote Karte gezeigt wird. Ich habe überhaupt kein Verständnis dafür, dass wir bei der Türkei jetzt alle Augen

zudrücken. Mit mir nicht!“ Markus Ferber geht noch einen Schritt weiter und stellt die Frage, wo die türkischen Staatsbürger visumfrei wohl hinfahren werden? „Vor allem dorthin, wo sie bereits Verwandte haben. Das heißt, die Visafreiheit für die Türkei würde vor allem Deutschland betreffen. Ich befürchte, dass sich auch zehntausende Kurden auf den Weg nach Europa machen könnten. Diese würden allerdings wieder hauptsächlich nach Deutschland kommen, wo die meisten ihrer Landsleute außerhalb ihrer Heimat zu Hause sind“, so Ferber.

Berggebiete besser fördern

Berggebiete bilden wertvolle Lebensräume und Landschaften und leisten u.a. durch die Sicherung der Biodiversität und als Wasserlieferanten einen besonderen Beitrag zur Umwelt. "Diese Gebiete bedürfen eines besonderen Schutzes und Berücksichtigung in der europäischen Politik", so Markus Ferber und weist auf das Fehlen einer europäischen Politik spezielle für Berggebiete hin, in der die natürlichen und geografischen Nachteile diese Gebiete ordentlich berücksichtigt werden. Ferber fordert der Förderung und Kennzeichnung landwirtschaftlicher Erzeugnisse aus diesen Regionen mehr Geltung zu verschaffen.

Kontrollen an Binnengrenzen

Die Kommission hat empfohlen, für Deutschland, Österreich, Schweden, Dänemark und Norwegen die Möglichkeit von vorübergehenden Grenzkontrollen um sechs Monate zu verlängern. Ferber begrüßt diese Entscheidung und betont: "So lange der Außengrenzschutz nicht ordentlich

funktioniert, müssen die Kontrollen an den Binnengrenzen durchgeführt werden. Das Durchwinken darf nicht wieder losgehen." Ferber verwies zudem darauf, dass mit einer starken Schwankung und einer gewissen Unvorhersehbarkeit der Flüchtlingsströme übers Mittelmeer über die Sommermonate zu rechnen sei.

Widerstand gegen China als Marktwirtschaft

Soll China als Marktwirtschaft eingestuft werden? Um diese Frage drehte sich die Generaldebatte in Straßburg diese Woche. Markus Ferber teilt die Sorge um die europäische Industrie und ihre Arbeitsplätze, sollte China Ende des Jahres als Marktwirtschaft anerkannt werden. Dann würden Anti-Dumping-Maßnahmen der EU schwieriger. "Solange China die fünf EU-Kriterien für eine Anerkennung als Marktwirtschaft nicht erfüllt, muss die EU auch weiterhin Antidumping- und Antisubventionszölle auf Billigeinfuhren aus China erheben", fordert Ferber. "Wir müssen unsere Wirtschaft vor Dumping-Importen schützen! Die Stahlbranche in Europa leidet enorm unter Billigstahl-Einfuhren aus China." Ferber fordert die europäischen Sanktionsmöglichkeiten endlich anzupassen. „Diese unfairen Praktiken zwingen uns höhere Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Die verhängten Strafzölle und europäischen Antidumpingmaßnahmen helfen nicht. Die Kommission muss schneller handeln und nicht so lange zusehen bis es zu spät ist und unsere Betriebe zu Grunde gehen", so Ferber. Der Europaabgeordnete kennt die Situation vor Ort sehr gut. In seinem Wahlkreis hängen rund 700 Arbeitsplätze an einem Stahlwerk.



www.markus-ferber.de

E-Mail: info@markus-ferber.de

